

Service public – alter Wein in neuen Schläuchen?

René L. Frey

Erschienen in: Die Politik März 2006, Ausgabe 2, S. 15

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2006-1

Service public – alter Wein in neuen Schläuchen?

René L. Frey

Em. Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Basel
und CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts

Vor etwa zehn Jahren hat ein neuer Begriff die politische Agenda erobert: Service public. Darunter wird meist die Sicherstellung der flächendeckenden Grundversorgung mit Infrastrukturleistungen zu vertretbaren Preisen verstanden. Im Vordergrund stehen vor allem Verkehr, Energie, Post, Telekommunikation, Radio, Fernsehen.

Früher wurden die Anliegen, die heute mit dem Label «Service public» versehen werden, als *gemeinwirtschaftliche Leistungen* bezeichnet: Der Staat hat durch Gesetz oder Leistungsauftrag den öffentlichen Unternehmungen vorgeschrieben, welche Aufgaben sie zu erfüllen hatten. Die Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten wurde durch Gewährung einer Monopolstellung (z.B. alte PTT), aus allgemeinen Steuern (z.B. alte SBB) oder Gebühren (z.B. SRG) ermöglicht.

Dieses Konzept fand breite Zustimmung. Die Infrastrukturunternehmungen konnten auf diese Weise lästigem Marktdruck ausweichen. Die Mitarbeitenden und die Gewerkschaften hatten stabile und vergleichsweise gut bezahlte Arbeitsplätze. Die Bevölkerung und die Wirtschaft als Nachfrager von Transportleistungen freuten sich über günstige Preise. Die Politiker und die öffentliche Verwaltung konnten die Infrastruktur als Mittel der Regional-, Sozial-, Umwelt- und Staatspolitik einsetzen und sich so gegenüber den Wählern profilieren. Bloss die Steuerzahler und die Allgemeinheit standen auf der Verliererseite. Sie mussten für Infrastrukturleistungen mehr bezahlen als unter Marktbedingungen.

Ideologisierung von «Service public»

Mit Begriffen wie «gemeinwirtschaftliche Leistungen» und neuerdings «Service public» wurde und wird gelegentlich auch der Versuch unternommen, öffentliche Leistungen ideologisch auf eine «höhere» Ebene zu heben und von den «minderen» markt- und gewinngesteuerten privaten Gütern zu unterscheiden. Bei näherem Hinschauen ist dies allerdings nichts anderes als der Kampf von

Interessengruppen um höhere Anteile am Volkseinkommen.

Mehr Leistung und Effizienz durch Globalisierung

Gravierender als dieses Rent seeking sind die damit verbundenen Effizienz- und Innovationseinbussen. Wenn den Verantwortlichen einer öffentlichen Unternehmung das Recht zugestanden wird, als Monopol zu operieren oder Kosten auf die Steuerzahler abzuwälzen, so muss man sich nicht darüber wundern, wenn knappe Produktionsmittel nicht optimal eingesetzt werden. Solche Ineffizienzen wurden solange akzeptiert, als die Volkswirtschaften weitgehend national abgegrenzt waren. Diese Zeiten sind vorbei. Dank WTO und EU sind die Grenzen durchlässiger geworden. Zudem machen sinkende Transportkosten für Personen, Waren und Informationen die Welt immer kleiner und die einzelnen Märkte immer grösser. Der Wettbewerb zwischen den Firmen hat sich dadurch verschärft, als Folge davon auch der *Standortwettbewerb*. Davon blieb die Schweiz nicht verschont. Die öffentliche Verwaltung und die öffentlichen Betriebe wurden zur Leistungsverbesserung und Effizienzsteigerung gezwungen. Eine Massnahme, um dies zu erreichen, ist die *Privatisierung* und *Deregulierung* von Infrastrukturbereichen.

Wenn Infrastrukturunternehmungen bewusst in den Wettbewerb entlassen worden sind, so können ihnen staatliche Instanzen auch keine Vorschriften im Sinne des Service public mehr auferlegen. Solche Anliegen müssen nunmehr vertraglich umgesetzt

werden. Das bedeutet, dass an die Stelle von Vorschriften *Leistungsvereinbarungen* treten. Die staatlichen Instanzen müssen den Service public mit gleichberechtigten Partnern aushandeln, die entsprechenden Leistungen bestellen und dafür einen Preis bezahlen. Der Staat ist nicht mehr Macher, sondern Überwacher.

«Geschützte Arbeitsplätze»

Die Widerstände gegen die Globalisierung im Allgemeinen und die Privatisierung im Besonderen beruhen auch auf der Angst, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Diese Befürchtung wird – vor allem von gewerkschaftlicher Seite – geschürt und in Verbindung zum Service public gebracht, um Privatisierungen rückgängig zu machen oder zumindest zu bremsen.

Dass sich die Betroffenen gegen die Privatisierung wehren, ist verständlich. Durch den Wettbewerb werden die bisherigen Schutzwirkungen der öffentlichen Monopole tatsächlich beseitigt. In der Regel schneiden jedoch gerade diejenigen Unternehmungen, Regionen und Länder im internationalen Wettbewerb am besten ab, die sich auf dem Heimmarkt durch Wettbewerb die Fitness für den internationalen Konkurrenzkampf antrainiert haben. Wem dies nicht gelingt, wird über kurz oder lang zum «Fusionsfutter» und seine Selbstständigkeit verlieren. Ob dann Arbeitsplatzsicherheit leichter zu erreichen ist, dürfte mehr als fraglich sein.

Der Service public darf nicht durch Gruppeninteressen missbraucht und zum Hemmschuh für die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft werden.